



Alternative für Deutschland

Bundesausschuss Energiepolitik

Der Bundesausschuss setzt sich zusammen aus sachkundigen Mitgliedern der Landesverbände, die z. T. bereits in entsprechenden Arbeitskreisen auf Bundes- oder Landesebene tätig geworden sind.

Die Arbeit des Ausschusses Energie der Alternative für Deutschland zielt darauf ab, unserem Land eine kostengünstige, international wettbewerbsfähige Verfügbarkeit von Energie mit einer hohen Versorgungssicherheit zu gewähren.

Die Energiepolitik der letzten Jahre ist durch schwere Fehler gekennzeichnet, die seither Bürger und Wirtschaft erheblich belasten. Insbesondere die Förderung von Photovoltaikanlagen hat zu hohen Kostensteigerungen geführt. Nun drohen nicht nur Energiearmut, sondern vor allem der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, Unternehmensverlagerungen in das Ausland und somit der Verlust von Arbeitsplätzen. Inzwischen kostet in Deutschland der Strom für Industriekunden schon gut doppelt so viel wie in den USA.

Wesentliche Faktoren der Kostensteigerungen sind die weit oberhalb des Marktniveaus liegenden Einspeisevergütungen und das auch in der näheren Zukunft zu erwartende Fehlen von wirtschaftlich vertretbaren Stromspeichertechnologien für witterungsabhängige Formen der Energieerzeugung. Insbesondere die Erzeugung von Wind- und Solarstrom führt wegen der natürlichen Wetter- und Tageslichtabhängigkeit zu starken Produktionsschwankungen. Um diese auffangen zu können, werden derzeit kostspielige Investitionen in den Netzausbau getätigt, die bei einer gleichmäßigen Produktionsmenge nicht erforderlich wären. Zudem muss der überschüssig erzeugte Strom mit hohen Verlusten ins Ausland verkauft werden. Schließlich erfahren die für die Netzstabilität und Versorgungssicherheit unverzichtbaren konventionellen Kraftwerke durch die marktfremde Vorrang-einspeisung eine existenzgefährdende Reduzierung der Volllaststunden. Die Finanzierung dieser unwirtschaftlichen Strukturen wird durch das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) allein dem Verbraucher auferlegt.

Wir fordern daher eine grundlegende Reform des EEG, die diese Fehler behebt. Zunächst soll eine Förderung regenerativer Energietechnologien nicht mehr durch direkte Überwälzung der an die Anlagenbetreiber gezahlten Zuschüsse auf die Verbraucher erfolgen. Statt dessen ist die Förderung allein aus den öffentlichen, parlamentarisch kontrollierten Haushalten des Bundes oder der Länder zu finanzieren. Denn dadurch werden die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen

weniger stark belastet als heute. Außerdem kommt es zu einer Konkurrenz um finanzielle Mittel, sodass als Folge des allgemeinen Sparzwangs Kosten und Effizienz der regenerativen Energien stärker berücksichtigt werden und einer Verschwendung entgegengewirkt wird.

Die durch das EEG beabsichtigte Senkung der CO₂-Emissionen wird europaweit nicht erreicht, weil das EEG den Emissionshandel der EU ignoriert. Durch die über das EEG geförderten deutschen Anlagen verringern sich zwar die CO₂-Emissionen Deutschlands. Jedoch werden daraufhin die sich verbilligenden CO₂-Zertifikate im gleichen Umfang von anderen EU-Ländern aufgekauft, um zusätzliche Emissionen freisetzen zu dürfen. Deutschland fördert damit finanziell die Nachbarländer durch wirkungslose, aber teure Parallelmaßnahmen, ohne dass damit auch nur eine einzige Tonne CO₂ in Europa eingespart wird.

Bereits heute sind die hohen Einspeisevergütungen für regenerative Energien in großem Umfang vertraglich vorgeschrieben und die damit einhergehenden Kostensteigerungen unumkehrbar. Mit dieser Förderung muss es im Interesse aller Verbraucher nun genug sein. Wir respektieren die bestehenden Altverträge, setzen uns aber dafür ein, in Zukunft die preistreibende Vorrang einspeisung zu beenden.

Wir fordern die Erforschung und Erschließung kostengünstiger, nachhaltiger und umweltverträglicher Technologien zur Energiespeicherung, um das Potenzial der erneuerbaren Energien ausschöpfen zu können. Die Bundesrepublik Deutschland muss alles tun, um an der Versorgungssicherheit des europäischen Verbundnetzes und an einer gemeinsamen Energiepolitik konstruktiv mitzuarbeiten. Dies bedeutet insbesondere Anstrengungen, um produktionsbedingte Schwankungen zu minimieren, die in unseren Nachbarländern zu Kostensteigerungen, Netzstörungen oder anderen Problemen führen können.

Wir fordern die staatliche Förderung der regenerativen Wärme- und Kälteerzeugung, in der Energiespeichermethoden nicht notwendig sind.

Eine kostengünstige und sichere Versorgung mit Energie kann in Deutschland auch ohne einen Wiedereinstieg in die Kernenergie erreicht werden. Der Ausstieg aus der Kernenergie sollte aber nicht dazu führen, dass das Know-how der weltweit anerkannten nuklearen Sicherheitsbranche in Deutschland zugrunde geht. Solange Kernenergie in anderen Ländern genutzt und weiter ausgebaut wird, ist deren sicherer Betrieb in Deutschlands unmittelbarem, nicht nur wirtschaftlichem Interesse.

Wir fordern daher die intensive Mitarbeit deutscher kerntechnischer Forschungsinstitute am internationalen Programm Generation IV International Forum (GIF). Dadurch bleibt die deutsche nukleare Sicherheitsforschung auch für neue



Reaktortechnologien wettbewerbsfähig. Ohne eine solche aktive Mitarbeit würde die noch vorhandene wissenschaftliche Kompetenz aus Deutschland verschwinden. Die Mitarbeit deutscher Institute an diesem Programm dient nicht der nuklearen Energieerzeugung sondern allein dem sicheren Betrieb kerntechnischer Anlagen im Ausland.

Berlin, 15.07.2013

Bundesausschuss Energiepolitik

www.alternativefuer.de